



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

auch in dieser Woche, der letzten Sitzungswoche vor der Parlamentarischen Sommerpause, liegt ein dichtes Programm hinter mir. Diesmal fanden wir Abgeordnete uns bereits am Montag zu einer Plenarsitzung zusammen. Es galt die steuerlichen Hilfsmaßnahmen gegen die Corona-Krise unter Dach und Fach zu bringen. Mehr zu den wichtigen Beschlüssen erfahren Sie auf der folgenden Seite.

In dem Paket befand sich auch die Mehrwertsteuersenkung, die bereits am Mittwoch in Kraft getreten ist. Der Mittwoch war auch aus anderen Gründen ein wichtiger Tag für unser Land: Zum einen übernahm die Bundesregierung die Präsidentschaft des EU-Rates, zum anderen steht Deutschland seitdem auch dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vor. Auch diesen wichtigen internationalen Aufgaben ist eine Seite in diesem Schulterblick gewidmet.

Schon am Dienstag haben wir uns in der Fraktionssitzung, ich sage endlich, auf einen Weg zur Reform des Wahlrechts geeinigt. Es ist zum einen wichtig, dass der Bundestag nicht weiter unkontrolliert wächst und sich in seiner Arbeit zusehends selbst blockiert. Zum anderen soll aber unser Wahlrecht unserem Grundgesetz entsprechen und in seiner Systematik nicht grundsätzlich verändert werden. Wir wollen auch weiterhin eine starke Anbindung durch Abgeordnete vor Ort.

Mit dieser Ausgabe des Schulterblicks haben mein Team und ich Ihnen wieder einen kurzen Überblick der vergangenen Tage zusammengetragen. Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und trotz der noch immer besonderen Umstände, eine schöne und vor allem gesunde Sommerzeit.

Freundliche Grüße

Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Beschlüsse zum zweiten Corona-Steuerhilfegesetz

Mit dem am Montag verabschiedeten zweiten Corona-Steuerhilfegesetz haben wir ein umfangreiches Paket zum Ankurbeln unserer deutschen Wirtschaft beschlossen. Ein wichtiger Punkt des Paketes ist die bis zum 31. Dezember 2020 befristete Senkung der Mehrwertsteuer auf 16 % bzw. 5 %. Damit erhoffen wir uns einen sehr direkten Anschub für unsere Konjunktur. Denn auch wenn es Kritik an diesem Beschluss gibt, so erreicht die Senkung dieser Steuer den Geldbeutel aller Bürgerinnen und Bürger direkt. Andere Länder haben gezeigt, dass eine befristete Senkung der Umsatzsteuer positive Effekte auf die Konjunktur haben kann.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil dieses Pakets ist der Kinderbonus von insgesamt 300 Euro, welcher Familien mit Kindern, die im Jahr 2020 Kindergeld bezogen haben oder werden, automatisch in zwei Schritten im September und Oktober ausgezahlt wird. Dieser wird auf den Kinderfreibetrag angerechnet. Somit gehört zur Wahrheit, dass Familien mit einem Kind ab einem Familienjahreseinkommen von etwa 68.000 Euro weniger und ab etwa 86.000 Euro nicht mehr vom Kinderbonus profitieren werden. Andererseits wird dieser nicht auf etwaige Sozialleistungen angerechnet. Auf diese Weise profitieren besonders Familien mit kleinen und mittleren Einkommen vom Bonus. Für Alleinerziehende wird zusätzlich der Entlastungsbetrag verdoppelt.

Auch Unternehmen und Arbeitgeber werden entlastet etwa mit der befristeten Erhöhung des Freibetrags bei der Gewerbesteuer nach § 8 Nummer 1 GewStG oder über eine befristete Ausweitung der steuerlichen Forschungszulage. Mit diesen und anderen Maßnahmen wollen wir rasch die Folgen der Corona-Krise überwinden.

Um all die Vorhaben umzusetzen, waren zwei weitere Beschlüsse in dieser Woche notwendig: Zum einen musste ein weiterer Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 verabschiedet werden, in dem die Kreditaufnahme um 62,5 Mrd. Euro auf 218,5 Mrd. Euro erhöht wurde. Auf diese Weise soll das 103 Mrd. Euro schwere Konjunkturpaket finanziert und beispielsweise absehbare Steuerausfälle aufgefangen werden. Damit dieser Nachtragshaushalt auch mit der Schuldenbremse vereinbar ist, musste zum anderen mit einem Beschluss des Parlaments eine „außergewöhnliche Notsituation“ festgestellt werden. In diesem Beschluss ist auch der Tilgungsplan enthalten, der eine Tilgung der Sonderausgaben ab dem Jahr 2023 über 20 Jahre vorsieht. Es ist und bleibt ein schwerer Spagat: die akuten Folgen der Corona-Krise abfedern und zukünftigen Generationen sowohl Handlungsspielraum als auch keine übermäßigen Schulden zu hinterlassen. Ich denke, uns ist mit den beschlossenen Maßnahmen ein guter Schritt gelungen.

[Weitere Informationen zum vollen Umfang der Beschlüsse finden Sie auf meiner Internetseite.](#)



Bericht aus Berlin

EU-Ratspräsidentschaft und Vorsitz des Sicherheitsrats



Am Mittwoch hat unser Land noch mehr internationale Verantwortung übernommen. Die Bundesrepublik hat nun turnusgemäß für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft inne und ist damit für die Organisation und Moderation des Gremiums, welches neben dem Europäischen Parlament und der Kommission die dritte wichtige Säule der Europäischen Union (EU) ist, zuständig.

In diesen sechs Monaten stehen auf europäischer Ebene wichtige Entscheidungen an. So muss der Haushalt der EU, der sogenannte „Mehrjährige Finanzrahmen“, für die Jahre 2021 bis 2027 verabschiedet und die Brexit-Verhandlungen zu einem Ende gebracht werden. Selbstverständlich spielen auch die europäischen Lösungsvorhaben für die Corona-Krise eine zentrale Rolle. Doch auch die langfristigen Herausforderungen unserer Zeit sollen in der deutschen Ratspräsidentschaft behandelt werden: der Klimawandel, die Digitalisierung oder die Veränderungen in der Arbeitswelt. Auch die Agrarpolitik und die Außen- und Sicherheitspolitik sind wichtige Punkte auf der Agenda der deutschen Präsidentschaft. Gerade der Schutz der Außengrenzen und bessere, menschliche Antworten auf die Fragen der Migration müssen gefunden werden. Gut, dass wir [in unserer Region mit Lena Düpont](#) eine wichtige Mitstreiterin in diesem Gebiet haben. [Viele, weitere Informationen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft finden Sie auch auf meiner Internetseite.](#)

Ebenfalls zum 1. Juli hat Deutschland für einen Monat den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat übernommen. Dem Gremium der Vereinten Nationen, welches nach der UN-Charta „die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ trägt, gehört die Bundesrepublik befristet auf zwei Jahre seit nun gut eineinhalb Jahren an. Wir setzen uns dort weiterhin für die Lösung der drängendsten internationalen Krisen, wie etwa den schlimmen Krisen in Syrien oder dem Jemen, ein. Mit der Verabschiedung einer Resolution für eine weltweite Waffenruhe während der Corona-Pandemie ist der deutschen Präsidentschaft schon ein erster, wenn auch kleiner, Erfolg geglückt. [Ein Kurz-Interview zum deutschen Vorsitz mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden Sie hier mit einem Klick im Internet.](#)



Bericht aus Berlin

Vorschläge zur Wahlrechtsreform



Es wird immer voller im Plenarsaal. Eine Reform des Wahlrechts ist dringend nötig (Archivbild).

Mit seinen Vorschlägen zu einer Wahlrechtsreform hat unser Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus noch einmal eine neue Dynamik in die Diskussion um eine notwendige Wahlrechtsreform gebracht. Nach einer intensiven und ausführlichen Debatte in der Fraktionssitzung war für uns als Fraktion klar, dass wir dem Koalitionspartner einen neuen Kompromissvorschlag vorlegen. Darin enthalten ist die Reduzierung der Wahlkreise von derzeit 299 auf 280 Wahlkreise. Nach aktuellen Umfragen würde die Union in 288 Wahlkreise das Direktmandat gewinnen, eine Reduzierung würde unsere Fraktion also in besonderen Maße treffen. Daher möchten wir im Gegenzug zukünftig bis zu sieben Überhangmandate nicht mehr ausgleichen, eine Möglichkeit, die das Bundesverfassungsgericht für vereinbar mit unserem Grundgesetz hält - das Gericht hält sogar 15 nicht ausgeglichene Mandate für möglich. Der Ausgleich von Überhangmandaten, von denen alle Parteien abseits der Union profitieren, sorgt derzeit für den großen Anstieg der Zahl der Bundestagsabgeordneten. Mit dem von unserer Fraktion nun vorgelegten Plan, der möglichst schon zur Bundestagswahl 2021 greifen soll, kann somit sowohl die Anzahl der Abgeordneten deutlich reduziert als auch eine Schwächung der Direktmandate verhindert werden. Eine Kapung der Abgeordnetenzahl, bei der eigentlich im Wahlkreis direktgewählte Abgeordnete kein Mandat im Deutschen Bundestag erhalten, wird es mit uns nicht geben.

Die bisher von der Opposition vorgelegten Vorschläge sehen als zentrales Element eine noch deutlichere Verringerung der Wahlkreise vor. Wir waren uns in der Fraktion einig, dass wir auch zukünftig für die direkte Anbindung und Verantwortung eines vor Ort direktgewählten Abgeordneten stehen wollen. Wir wollen einen möglichst engen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, mit noch größeren Wahlkreisen sehen wir dieses Vorhaben und unser Wahlrecht in seiner bewährten Form in Gefahr. Daher ist dieser Vorschlag für unsere Fraktion nicht tragbar. Nun liegt der Ball bei der SPD und den Oppositionsfraktionen, die wichtige Reform noch über die Bühne zu bringen. Bisher hat sich hier aber leider keine Kompromissbereitschaft gezeigt.



Bericht aus Berlin

Veränderungen in der Fleischwirtschaft nötig

In den letzten Tagen und Wochen, seit den massiven Corona-Ausbrüchen in verschiedenen Schlachthöfen, wird öffentlich wieder intensiver über die Arbeitsbedingungen in der Fleischwirtschaft debattiert. Und auch im Deutschen Bundestag stand dieses Thema wieder auf der Tagesordnung. So haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem Fachgespräch zur aktuellen Diskussion u.a. mit Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaft und Kommunen eingeladen. Darüber hinaus haben wir auch im Plenum zu diesem Thema debattiert. Klar ist, nicht erst seit Corona, dass die (Arbeits-) Verhältnisse in einigen Schlachtbetrieben nicht haltbar sind und sich diese auch nach den Debatten der vergangenen Jahre nicht nachhaltig verbessert haben. Die Werkvertragsregelungen haben sich in Teilen verselbstständigt, sie zerstören zusehends das reguläre, legale und abgesicherte Arbeitsverhältnis. Daher erscheint ein Verbot in dieser Branche notwendig. Wir verspüren die Auswirkungen der überbordenden Regulierung für die Schlachtbetriebe der vergangenen Jahrzehnte, die auch für den starken Wandel von mittelständischen Schlachtbetrieben zur „industrieähnlichen Großproduktion“ mitverantwortlich ist.

Sitzung der „AG Jagd und Forst“



Die „AG Jagd und Forst“ der Unionsfraktion tagt unregelmäßig in kleiner Runde zu verschiedenen Themen rund um Jagd und Wald.

Auch in dieser Woche haben wir erneut in kleinerer Runde über das Jagdgesetz und die neue Waldstrategie diskutiert. Auch für uns als „AG Jagd und Forst“ bleibt der Konflikt zwischen Jägern und Waldbesitzern weiterhin schwierig zu lösen.

Es muss uns gelingen, beide Parteien an einen Tisch zu bekommen und zu einer gemeinsamen Lösung zu bewegen. Denn klar ist, wir wollen auch zukünftig selbstverständlich Wild in unseren Wäldern haben. Klar ist aber auch— besonders nach den vergangenen Dürrejahre, dass der Wald einen besonderen Schutz braucht, um sich wieder zu regenerieren und seiner lebenswichtigen Aufgabe gerecht zu werden. Die Lösung kann nur ein Mittelweg sein, der die Interessen aller Beteiligten zusammenführt. Daran werden wir auch weiter arbeiten und für gegenseitiges Verständnis werben.



Bericht aus Berlin

Einführung der Grundrente

Schon seit Jahrhunderten wissen wir: „Was lange währt, wird endlich gut“. Dies gilt, zumindest in sehr großen Teilen, auch für die nun beschlossene Grundrente. Mit dem Gesetz zur Einführung wird ein wichtiges Koalitionsanliegen umgesetzt. Das ist ein Erfolg, nachdem ähnliche Vorhaben in den vorangegangenen Wahlperioden gescheitert waren. Die Grundrente ist und bleibt aber ein Kompromiss. Grundsätzlich werden mit ihr geringe Verdienste mit einem Zuschlag aufgewertet. Auf diese Weise erhalten Menschen, die 35 Jahre Renten-Beitragsjahre aufweisen können, zukünftig eine höhere Rente, denn Leistung muss sich lohnen. Ab 33 Jahren Grundrentenzeiten gibt es für Berechtigte einen reduzierten Zuschlag. Die Auszahlung erfolgt für die Berechtigten unbürokratisch und automatisch, ist für die Verwaltung aber dennoch ein enormer Kraftakt.

**Die Grundrente kommt
für diejenigen,
die sie brauchen.**



CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Daher kann es, obwohl die Rente bereits mit Beginn des nächsten Jahres eingeführt wird, bis Ende 2022 dauern, dass alle Rentner ihre Grundrente auch bekommen—dann aber rückwirkend. Mit dem Gesetz wird auch der Anreiz für den Aufbau einer zusätzlichen arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung bei Geringverdienern erhöht. Enttäuschend ist, dass sich sowohl der Finanzminister als auch der Arbeitsminister nicht an die Finanzierungszusagen gehalten haben!

[Mehr zur Grundrente auf meiner Internetseite.](#)



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum I

Frieden, Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten fördern – Am Ziel der verhandelten Zwei-staatenlösung festhalten. Wir lassen keinen Zweifel: Deutschland steht an der Seite des Staates Israel, mit dem es aufgrund der Erinnerung und des Gedenkens an die Shoah auf Dauer eng verbunden ist. Auch mit der neuen israelischen Regierung werden wir den engen und vertrauensvollen Dialog fortsetzen. Die iranische Vernichtungs- und Hassrhetorik gegenüber Israel verurteilen wir zutiefst. Im Sinne einer Förderung des Ausgleichs und des Friedens in der Region fordern wir die Bundesregierung dazu auf, in Gesprächen mit der israelischen Regierung für eine andere Lösung als eine einseitige Annexion des Westjordanlandes zu werben. Vielmehr sollte eine Zwei-staatenlösung einvernehmlich mit der palästinensischen Seite verhandelt werden.

Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung konsequent umsetzen. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung fordern wir die Bundesregierung dazu auf, Konzepte für eine Reform der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung vorzulegen. In einer Machbarkeitsstudie soll ermittelt werden, welche Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung umsetzbar sind. Diese sollte die Bundesregierung in einem zweiten Schritt möglichst (zügig) auch realisieren.

Gesetz zur Stärkung von intensivpflegerischer Versorgung und medizinischer Rehabilitation in der gesetzlichen Krankenversicherung (Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz). Wir verbessern die Leistungen und die Qualität der außerklinischen Intensivpflege. Nach teils heftiger Kritik entsprechen wir den Wünschen der Versicherten zum Ort dieser Intensivpflege. Dazu wird ein eigener Leistungsanspruch auf außerklinische Intensivpflege im Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung definiert. Fehlanreize werden mit einer Absenkung der Eigenanteile in der vollstationären Intensivpflege vermieden.

Verordnung zur Änderung der Erneuerbare-Energien-Verordnung. Wir entlasten die Stromverbraucher durch eine Reform der EEG-Umlage, die zum 1. Januar 2021 in Kraft treten wird. Die Entlastung erfolgt durch Haushaltsmittel des Bundes, um so die Energiewende weiterhin finanziell abzusichern. Dies erfordert technische Anpassungen in der Erneuerbare-Energien-Verordnung (EEV).



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum II

Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz). In dieser Woche wurde der Kohleausstieg beschlossen und zentrale Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zur Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung bis spätestens 2038 umgesetzt. Bestandteile des Gesetzes sind nicht nur Regelungen zum Ausstieg aus Steinkohle- und Braunkohleverstromung, Entlastungsmaßnahmen für Stromverbraucher und energieintensive Industrien, sondern auch eine verbesserte Förderung von hocheffizienten Kraft-Wärme- Kopplungs-Anlagen sowie die Umstellung von Kohlekraftwerken auf Erdgas und erneuerbare Energien. Auch Regelungen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit sind Bestandteil des Gesetzes.

Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen. Mit dem Kohleausstieg wurden auch die Unterstützungsmaßnahmen für die von der Beendigung der Kohleverstromung betroffenen Reviere und Standorte beschlossen. Zum einen sind Finanzhilfen für die betroffenen Länder festgeschrieben. Diese Finanzhilfen sollen für Investitionen in einem Gesamtumfang von bis zu 14 Mrd. Euro bis zum Jahr 2038 bereitgestellt werden. Die Länder leisten einen Eigenanteil. Die Mittel können zur Förderung von Investitionen, zur Verbesserung des Angebots im ÖPNV oder den Umweltschutz und die Landschaftspflege verwendet werden. Das Gesetz legt auch fest, in welchem Verhältnis die Reviere hier berücksichtigt werden. Zum anderen verpflichtet sich der Bund, weitere Maßnahmen zugunsten der Braunkohleregionen mit bis zu 26 Mrd. Euro bis 2038 zu fördern, die in seiner eigenen Zuständigkeit liegen. Zu den Maßnahmen gehören etwa der Ausbau der Infrastruktur für den Schienen- und Straßenverkehr und die Ansiedlung und Verstärkung zahlreicher Forschungseinrichtungen. Die Bundesregierung setzt sich zudem das Ziel, mit der Ansiedlung von Einrichtungen des Bundes in den betroffenen Regionen bis zum Jahr 2028 bis zu 5000 Arbeitsplätze in Behörden des Bundes und sonstigen Bundeseinrichtungen zu erhalten oder neu einzurichten.

Zweites Gesetz zur Änderung des Tabakerzeugnisgesetzes. Wir stärken den Gesundheitsschutz durch ein Verbot von Außenwerbung für Tabakerzeugnisse. Dieses Verbot soll nach Ablauf einer Übergangsfrist am 1. Januar 2022 Anwendung finden, für Tabakerhitzer jedoch erst zum 1. Januar 2023 und für elektronische Zigaretten zum 1. Januar 2024. Außerdem wird zukünftig in Kinos die Vorführung von Werbung für Tabakerzeugnisse, elektronische Zigaretten und Nachfüllbehälter nur noch im Zusammenhang mit Filmen erlaubt sein, bei denen die Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen nicht gestattet ist, denn das Sucht- und Schädigungspotential von Tabak ist gerade für diese Zielgruppe extrem hoch.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum III



Plenartagung unter „Corona-Bedingungen“: Auch während der Sitzungen des Deutschen Bundestages wird im Plenarsaal auf den Mindestabstand geachtet.

Gesetz zum Schutz elektronischer Patientendaten in der Telematikinfrastruktur (Patientendaten-Schutz-Gesetz). Wir führen mit diesem Gesetz eine elektronische Patientenakte (ePA) ein und bringen somit die Digitalisierung im Gesundheitswesen einen entscheidenden Schritt voran. Die Möglichkeiten und Vorteile der ePA sollen für alle Versicherten nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus soll die ePA hinsichtlich ihrer Inhalte, ihrer Nutzung, der Verarbeitungsbefugnisse und der Zugriffskonzeption näher ausgestaltet werden. Diese Änderungen sollen bis 2023 abgeschlossen werden, damit die ePA ab diesem Zeitpunkt voll funktionsfähig ist. Spätestens ab dem 1. Januar 2021 haben Krankenkassen ihren Versicherten auf freiwilliger Basis eine von der Gesellschaft für Telematik zugelassene elektronische Patientenakte anzubieten. Weiterhin regelt das Gesetz die Datenverarbeitung sowie die Telematikinfrastruktur als solche, nicht zuletzt mit Blick auf die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit. Die Gesellschaft für Telematik als eine anerkannte neutrale Stelle wird etwa eine barrierefreie App entwickeln und zur Verfügung stellen, mit der unter anderem Überweisungsscheine zukünftig elektronisch übermittelt werden.

Einen Überblick über die ca. 32 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



Bericht aus dem Wahlkreis

Eine (mögliche) Zukunft für das Kraftwerk Mehrum

Wasserstoff als Energieträger der Zukunft – darum ging es bei meinem Besuch im Steinkohlekraftwerk Mehrum in der vergangenen Wahlkreiswoche. Mein CDU-Landtagskollege Christoph Plett, MdL hatte Landeswissenschaftsminister Björn Thümmler, MdL eingeladen, um über die Möglichkeiten einer Standortsicherung und -weiterentwicklung für den Energieproduzenten im Süden des Landkreises Peine zu sprechen. Denn im Zuge der Energiewende und des damit verbundenen, in dieser Woche beschlossenen, Steinkohleausstieges müssen wir für die Menschen, die im Kraftwerk beschäftigt sind, Zukunftsperspektiven aufzeigen.



Zu Besuch im Kraftwerk Mehrum: Minister Thümmler (vorne, Mitte),
mit Christoph Plett MdL (2. Reihe Mitte) und Ingrid Pahlmann MdB (2. Reihe, rechts).

Der Standort Mehrum ist in der Region ideal, um ein großes Zentrum der Wasserstoffherzeugung zu werden. Der große Vorteil von Wasserstoff ist, dass er zum Beispiel die durch Wind gewonnene Energie speicherbar macht. An stromreichen Tagen kann beispielsweise 'überschüssiger' Strom aus dem Netz entnommen und damit mittels Elektrolyse Wasserstoff erzeugt werden. Bei hohem Bedarf wird aus diesem generierten Wasserstoff wieder elektrische Energie. Dieser 'grün' erzeugte Wasserstoff ist nicht nur viel umweltfreundlicher als fossile Energieträger, wir können ihn auch in Deutschland herstellen. Auf diese Weise wären wir auch unabhängiger von Öl- oder Gaslieferungen aus anderen Staaten. Mehrum könnte hierbei eine für unsere Region wichtige Rolle spielen. Passend dazu hat der Bund vor kurzem die „Nationale Wasserstoffstrategie“ auf den Weg gebracht. Mehr dazu auf den [Internetseiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion](#) und des [Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie](#).



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder: **Kopfzeile S. 2-9:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde. **Kopfzeile S. 10:** Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn: © Anne Bermüller/pixelio.de. **Kopfzeile S. 11:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann. **Foto S. 4:** Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/photothek.net; **Foto S. 9:** Deutscher Bundestag/Achim Melde. Alle weiteren Fotos: privat